

Frage
der Chicago
Finanzminister
für die letzte
Regierung
geben. Keine
ganzen Volkes
einen Frieden
noch kein Volk
aufstehe durch
Leidenschaft,
er durchgeföhrt,
doch der Wert
ist weniger als
eine Forderung
die formelle
und bereit zu
nachgewiesen
lung zu ziehen
sich, von der
Angelegenheit
einfließen sollte,
rump nicht so
vielmehr um
zu tun. Das
gebrachte Recht
Schuldfrage
oben und dem
auf behandelte
die Thronrede
für ihn, daß das
gründete sich bei
auf die Rück-
und legte Nach-
den Sinne, bevor
oben. So sei
keinen militärisch
im mittleren
Schlusses mit den
Regierung, die
habe und auf
hinweisen in den
befolge gegen-
stand zu spre-
durch best
haben würde,
sichlichen Worte
sich Anknüpfen
So lange die
in Irland be-
den zur Me-
nen Anhängen
auch Personen
fragen andere,
so wieder im
ley diese aller-
gen des Wirt-
schlich und seine
spätsächlich das
del: Nach der
rede gab der
die Hebeschl
in Rückstand,
Er sprach. Er
meines ange-
worden sei,
Alten dauten
im Osten er-
die Befehlsh
hindernd ge-
er jedoch den
sei, in Jun-
Ein eines
Frankfurt, bei
Walden 84
die Verminn
die meisten
hahlichen Zu-
Vertreter der
werer. Das
ihm namens
in deutscher
Autoren die
nen. Er hat
Erfolge haben
eines jeden
dass, so immer
und Tatkraft
flana wider,
der Dausigee
stände gerade
ers unendlich
der Dolle
end an, der
und wieder
ge, die Naht
er keine volle
ad Gewalt-
ht, denn list
den ist da
legt erfahren.
fragen, was
h zurecht hin-
in ein auf
beabsichtigt
das und das
und es ist
age 20 möge
in Schwere
van Heren
und die nun-
h zu gewöhn-
Frage wie
Selbstern auf
na bitter
hat, und das
aus ihrer
oft gemü-
ich die ein-
nen uns
mg folgt.)

Aus den Befehungsgebieten
Breslau, 10. Februar. Das Generalkommando des 6. Armeekorps teilt mit: Die Räumung der Zone II des Abstimmungsgebietes in Oberschlesien, Oppeln, wurde ohne Zwischenfälle vollzogen. Die militärische Räumung Oberschlesiens ist damit beendet.

München, 11. Februar. Der zum Reichs- und Staatskommissar für das östpreussische Abstimmungsgebiet ernannte Direktor der östpreussischen Landgesellschaft Fritz v. Bagl hat der „Allent. Ztg.“ zufolge heute sein Amt angetreten.

Rotterdam, 11. Februar. Reuters meldet aus Paris: Ueber eine Verklärung der Befehungsarmee in den Abstimmungsgebieten Ostdeutschlands sind Verhandlungen unter den Militärenten aufgenommen worden. Die Vermehrung der Befehungsgruppen steht in Verbindung mit unliebsamen Vorkommnissen in Oberschlesien.

Die Abstimmung in Nordschleswig
Kiel, 11. Februar. Als Ergebnis der gestrigen Abstimmung in der ersten Zone der Nordmark wurden bisher festgestellt 20223 Stimmen für Deutschland und 71486 Stimmen für Dänemark, 213 Stimmen waren unglücklich.

Berlin, 11. Februar. Ministerpräsident Dietrich äußerte sich über das Abstimmungsergebnis in der ersten Zone Nordschlesiens zu einem Mitarbeiter der „Nat.-Ztg.“ wie folgt: Die preussische Regierung lasse sich durch den Ausfall der Volksabstimmung, der eine große Mehrheit für Dänemark brachte, keineswegs entmutigen. Die preussische Regierung werde vielmehr mit verdoppelter Energie an die Vorbereitungen für die Wahl in der zweiten Zone herangehen. Aus dem Ergebnis der Abstimmung hat Deutschland verschiedene Lehren gezogen, die es bei der Wahl in der zweiten Zone befolgen wird. Da die Regierung mit dem Abstimmungsergebnis rechnete, waren die besonderen Vorbereitungen nicht in jenem Umfange getroffen worden, wie von Seiten der dänischen Regierung. Besonders in der Wahlorganisation stand Deutschland hinter Dänemark weit zurück.

Berlin, 12. Februar. Die „Germania“ ist überzeugt, daß unsere Deutschen von uns jetzt scheidenden Wähler in Nordschleswig alles tun werden, ihren deutschen Charakter zu bewahren. Das Zeugnis, das sie mit dem Stimmzettel über ihre Gesinnung abgeben, wird den Deutschen in der zweiten Zone ein Ansporn sein, um bei der kommenden Wahl die deutsche Sache zu fördern.

Die Stimmung im Rheinland
Berlin, 11. Februar. Der Ministerpräsident Dietrich ist von seiner Rheinlandreise zurückgekehrt, die er in Begleitung von vier preussischen Staatsministern unternommen hatte. Er äußerte einem Mitarbeiter des „N. Z.“ gegenüber u. a. folgendes: Die haben uns bemüht, die Stimmung im Lande kennen zu lernen. Zwei Befürchtungen möge ich vor allem festhalten. Einmal: die rheinische Bevölkerung leidet unter der Herrschaft der Befehungsgruppen ganz außerordentlich schwer. Der seelische Druck, der auf ihr lastet, ist auf die Dauer einisch unerträglich. Und ferner die überaus harte Besatzungsprobe, die die vaterländische Gesinnung in dieser Zeit der Fremdherrschaft aussetzt, worin die Bevölkerung vielerorts glänzend überstanden worden. Ich habe zu meiner überraschten Freude festgestellt, daß die ganze gewaltige Masse der Rheinländer von der separatistischen Strömung immer deutlicher abdriftet. Alle Verleumdungen der Sonderländer, welche die Bevölkerung glauben machen wollen, daß sie nur gegen das realistische Preußen kämpfen, aber den deutschen Charakter der Rheinländer nicht antasten wollen, können heute niemanden mehr über den wahren Sachverhalt hinwegtäuschen. Wir haben weiter gefestigt, daß die Politik der Fremden nicht richtig ist und daß die entsprechenden Gegenmaßnahmen notwendig sind. Die preussische Staatsregierung ist fest entschlossen, alles zu tun, um jeden Rest einer Wirtung in den Rheinlanden zu beseitigen. Sie wird dafür sorgen, daß es in dieser Hinsicht nicht bei Beschränkungen bleibt. Ich habe deshalb den Auftrag gegeben, alle Wünsche in Form einer Deputation, nach Weisung getrennt, zusammenzustellen. Das Staatsministerium wird unermüdlich in ihrer Stellung nehmen und teilweise auch in gemeinsamer Sitzung mit der Reichsregierung die notwendigen Einwirkungen treffen. Allgemein hat man in den Rheinlanden verlangt, daß wie über die Hindernisse, um einen föhrenden Verkehrsanstalt mit der beteiligten Bevölkerung zu führen. Ich hoffe, daß man, wenn wir das nächste Mal in den Rheinlanden sein werden, diesen bereits gesehen haben wird, daß in Berlin alles getan wird, um den christlichen Wählern in der letzten Zeit noch Kräfte zur Seite zu stellen.

Meine Nachrichten
Berlin, 11. Februar. Wie das „N. Z.“ meldet, ist das Berliner Organ der kommunistischen Partei, die „Rote Arbeiter“ bis einschließlich dem 25. Februar verboten worden.
Rom, 10. Februar. Das italienische historische Institut, dessen Präsident der frühere Premierminister Paselli ist, hat einstimmig einen Antrag angenommen, in dem bekannt wird, daß wissenschaftliche Institute, die Ändern angehören mit denen Italien sich im Krieg befand, in Italien genau so vertreten sein sollen, wie ähnliche Institute der alliierten Länder.
Amsterdam, 11. Februar. Der „Telegraaf“ meldet, daß der niederländische Transportarbeiterverband und der Zentraltransportarbeiterverband für den 16. d. M. den Zustand beschlossen haben. Dies bedeutet u. a. den Ausbruch in den Häfen Amsterdam und Rotterdam.

Sächsische Volkskammer

Dresden, 11. Februar.
Die Volkskammer erledigte heute unter dem Vorhitz des Präsidenten Frähdorf einige kleinere Vorlagen.
Aus der Reihe sind ein Schreiben des Abg. Lange (Zoi.) bemerkenswert, nach dem dieser sein Mandat als Abgeordneter niederlegt, da er die ihm hierbei zufallenden Aufgaben mit den Pflichten eines Kreisbauplatzmannes von Leipzig nicht vereinigen könne.
Die Verlesung nimmt hierzu zustimmend Kenntnis.
Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Fleißner (Unabh.) im Namen seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der er sich gegen den schwebenden Zustand der gestrigen Kundgebung wendet. Das Verlangen der Entente läge sich auf die Forderungen des Friedensvertrages, denen Deutschland gewungenermaßen zustimmen müsse. Die Auslieferung, siehe jedoch im Gegensatz zur Gerechtigkeit. Dresden müßte genötigt werden und die Kurteilung dürfe nur erfolgen, wenn die Garantie für einen unparteiischen Richteramt gegeben sei. Er rechne hier auf die Hilfe der Sozialisten anderer Länder. Die Kundgebung des Präsidenten laufe auf eine glatte Ablehnung der Auslieferung hinaus, laufe militärischen und nationalitätlichen Tendenzen Vorhitz und sei ebenso wie die Rede des Ministers nicht vorzuziehen.
Darauf genehmigte die Kammer einstimmig und ohne Aussprache die Vorlage Nr. 34 betr. den Entwurf einer Volkstammesordnung und die Drucksache Nr. 399 betr. den Bericht des Reichsausschusses über die Volkstammesordnung und die Geschäftsordnung der Volkstammer. Der Reichsausschuss hatte vorgeschlagen, die beiden Vorlagen zu genehmigen.
Dann legte die Kammer die Besprechung der Interpellation des Abg. Bentler und Gen. betr. die Vorgänge auf dem Hauptbahnhof Chemnitz am 8. August 1919, sowie der Interpellation des Abg. Wöring und Gen. betr. den von der Reichsregierung vorgeschlagenen Ausnahmestand insbesondere das Verbot der Leipziger Volkszeitung fort.
Nach längerer Aussprache wurden beide Interpellationen für erledigt erklärt.
Nächste Sitzung: Donnerstag 1. März. Tagesordnung: Schlußberatung über die Vorlagen betr. die Erhebung eines Zehntens zur Einkommensteuer und den Erlass einer Amnestie gegen die Verurteilten beim Schleichhandel, ferner die Vorberatung über den Antrag Böttcher betr. eine politische Amnestie usw.

Um die kirchlichen Wochenfeiertage. Im Befehungsgebiet der Volkstammer haben am Dienstag die Unabhängigen einen Antrag eingebracht, die sächsische Regierung zu ersuchen, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß für Erwerbstätige und Angestellte durch Reichsgele die Gewährung von Ferien in der Mindestdauer von sechs aufeinanderfolgenden Wochentagen angeordnet werde. Nach dieser reichsgerichtlichen Regelung soll sich die Volkstammer bereit erklären, die sächsischen Wochenfeiertage als: Hohes Reichsfest, Winterurlaub und Reformationsfest, die allgemeinen Feiertage: Karfreitag, Dimmelfahrt und Herbsturlaub ihres Charakters als staatlich anerkannte Feiertage zu entkleiden. Das sächsische Gesetz betr. die Sonn-, Fest- und Ruhetagsfeier vom 10. September 1870 nebst Ausführungsverordnung vom gleichen Tage soll aufgehoben werden. — Der Gefehungsausschuss hat über diesen Antrag noch nicht abgemittelt. Borecht soll in der nächsten Ausschüßung die Regierung grundsätzlich zu dem Art. 130 der Reichsverfassung Stellung nehmen, der besagt, daß die bestehenden Sonn- und Feiertage bleiben.

Deutsche Frauen
vergeßt nicht die Einzeichnungsliste gegen die Auslieferung und Schuldfrage

Der Kampf um die Schule
Ein Schreiben an die „Sächsische Volkszeitung“

Dresden, am 11. Februar 1920
Sehr geehrte Damen und Herren, heute die heilige evangelisch-lutherische Trinitatis-Gemeinde eine Elternversammlung nach den Blumenfeldern einberufen, welche von etwa 600 Personen besucht war und der auch ich des Studiums halber beigewohnt habe. Der Hauptredner des Abends war Herr Amtsgerichtsrat Dr. Müller, welcher in seinem Vortrag zu dem Schluß kam, daß nur die Elternvereine die deutsche Jugend auf ihrer jetzigen fühlbaren Notlage retten kann, welche aus katholischen Eltern ebenso sehr, wie aus protestantischen Eltern besteht. Ebenso wurden wie Katholiken von den Debatteuren, meist im Tinte rege und erhellende Schlußfolgerungen auf den beiden jungen liberalen Rednern Lorenz und Winter der 20. Volksschule, welche ihr Ideal, die weltliche, religionslose Schule zu verwirklichen, als Wähler in dem gemeinsamen Schulkampfe bezeichnen. In ein Debatteuren ist der Anspruch, was die keine Schula Katholiken bereits in dem Schulkampfe fertig gebracht hat, das werden wie Protestanten wohl auch fertig bringen. Aus alledem ersehen wir, daß der Kampf um die christliche Schule auf allen Seiten entbrannt ist. Um ihn zu einem glücklichen Ende zu führen, ist es das wichtigste, daß alle katholischen Mütter und Väter auch fähig sind, die Anerkennung der weltlichen Schule zu erlangen. Diese Forderung wird in der vom Landesrat und dem hiesigen Hauptlehrer am 2. Sonntag den 15. Februar, nachmittags Punkt 3 Uhr, einberufenen Elternversammlung in Betrachtung auf der Blumenfeldern öffentlich zum Ausdruck bringen, indem alle katholischen Mütter und Väter der Versammlung beizutreten.
Paul Richter,
Mitglied des Ausschusses der 1. kath. Volksschule und des hiesigen Hauptlehrers.

Interessantes aus dem Dresdener Schulkampfe
Als Vertreter der Elternschaft war auch Herr Hermann Saager kam, Mitglied des Ausschusses der katholischen Volksschulen Dresden, in den Schulkampfe gewährt werden, der daraufhin dem Rat in Dresden folgende Schreiben an den Rat:

Dresden, am 9. Februar 1920.
Dem Rat in Dresden, Schulkampfe ich auf das Schreiben vom 1. d. M., Nr. VI/1 582, erwidere mit, daß ich nicht in der Lage bin, die auf mich gefallene Wahl als Vertreter der Elternschaft zum Mitglied des hiesigen Schulkampfes anzunehmen, da nach dem 15. Hoftrage zur Wahlordnung für die evangelischen Volksschulen und die katholischen Volksschulen der Stadt Dresden vom 21. September 1878 eine Nominierung katholischer Volksschulen nicht in Frage kommt.

Die hiesigen katholischen Eltern haben, als sie vom Schulkampfe in Betrachtung anmündet wurden, nach dem Schulkampfe von Schick, das es sich bei diesen Vorschlägen um Wahlen zum Schulkampfe für die evangelischen Schulen handelte. Hinsichtlich des katholischen Schulkampfes wird die Vertretung der katholischen Volksschulen nach in dem katholischen Schulkampfe in Dresden. So kann die Elternschaft nicht dem Rat und der Volkstammesordnung nicht zum Ausdruck gelangt sind, in eine Nebenabrede der Elternschaft nicht zustimmen.

Als diese Erklärung in der meissen Sitzung vor dem Rat in die Tagesordnung kam, wurde sie durch den Rat einstimmig genehmigt.
Hermann Saager,
Mitglied des Ausschusses der kath. Volksschulen Dresden.

In der ersten öffentlichen Sitzung der Dresdener Schulkampfes am 11. d. M. wurde zu Punkt 1 der Tagesordnung Kenntnis von den Wahlen zum Schulkampfe genommen und dabei dem Vorsitzenden der katholischen Volksschulen vorgetragen. Der Vorsitzende glaubte, die Elternschaft so aufzufassen zu sollen, daß diese Schulkampfe erst dann bereit ist, in den Schulkampfe einzutreten, wenn die Verhandlungen zwischen dem katholischen Schulkampfe und dem Stadtrat zum Abschluss gelangt sind. Deshalb sei für Herrn Saager keine Vertretung im Schulkampfe möglich.
Den wichtigsten der 72 Punkte der Tagesordnung bildete Punkt 9 „Durchführung der Schulkampfes und Vertretung“. Hierzu sei bemerkt, daß davon nur die evangelischen Schulen betroffen werden. Der Rat ist gegeben durch das Ansehen der katholischen Volksschulen in der allgemeinen Volksschule und dem sächsischen Volkstammesgesetz. Am Verlaufe der Rede wurde Herr Pastor Hager sein Bedenken wegen der unrichtigen Darstellung nach der Seite des Rat zu erwartenden Reichsausschusses geltend, und betonte, daß damit den christlichen Eltern das durch die Reichsregierung verordnete Recht auf die Vertretung in der Hand gerissen werde. Dem wurde daraufhin geantwortet: Wir kennen keine christlichen Eltern, sondern nur Eltern.“ Bis Ostern 1920 soll die Zusammenkunft der Kinder der ersten fünf Schulkampfes geseit sein. Das ist die Einteilung mit Rücksicht auf die katholischen Schulen nur vorläufig, da noch nicht feststeht, wie der Staat sich zur Aufhebung der Stadtkampfes auf den Teil der katholischen Schulkampfes um stellt. Auf Anfrage aus dem Ausschusse Frau Reichsministerin hielt der Vorsitzende fest, daß die katholischen Volksschulen für die Durchführung nicht in Frage kämen. Der Ausschuss nahm am Schluß von Punkt 9 der Tagesordnung und Kenntnis von einem umfangreichen Bericht des Rates an das Kultusministerium über den Gang und Stand der Verhandlungen mit dem katholischen Schulkampfe und wozu die Ergebnisse der katholischen Volksschulen an den Stadtrat. Im Bericht führt sich der Stadtrat bedauernd durch wiederholtes ablehnendes Verhalten des Schulkampfes auf verschiedene Nachfragen des Rates. Es wird dabei erwähnt, etwa waren den katholischen Schulkampfe auf Antrag des sächsischen Volkstammes vom 24. Januar 1885 einzuweisen. Nach diesem Verlaufe sind die sächsischen Volkstammesbehörden berechtigt, im nächsten Berichtungen Nachdruck zu verleihen, Strafen anzusprechen und für den Fall der Unvereinbarkeit zu vollziehen. Unter anderem

wird noch dem Kultusministerium vorgeschlagen, daß der katholische Schulkampfe ab 1. April 1920 nicht mehr berechtigt sein soll, von der Stadt Dresden die Erhebung von Schulkampfes zu verlangen.
Es braucht dazu heute nicht viel bemerkt zu werden. Wir können nur unglücklich „Verständigung“ darüber Ausdruck geben, daß der Rat der Stadt Dresden endlich glaubt, etwas gefunden zu haben, das das Recht zur Gewalt verleihe würde. Die Tatsache aber, daß dieser Rat dazu auf den 28. Januar des Jahres 1885 zugreifen muß, erweist nicht den sächsischen Volkstammes, sondern die Unwissenheit und das Verstehen. Der Rat der Volkstammes und das Verstehen 1885...

Aus Dresden

—* Lebensmittelkartenlieferung für die Stadt Dresden siehe „Amtliche Bekanntmachungen“.

Am Donnerstag den 12. und Freitag den 13. Februar 1920 wird der Abschnitt 4 der Auslieferungsliste mit 1/2 Liter Auslieferungsliste zum Preise von 1 M. für 1/2 Liter geliefert.

—* Verteilung der Brot- und verarbeitete Brot- und Mehlgewichte. In der gestrigen Nummer unserer Zeitung ist die bereits angekündigte Bekanntmachung des Gesundheitsamtes Dresden und Umgebung über die neue Brot- und Mehlgewichte ab 15. Februar 1920 abgedruckt. Hiernach beträgt die Normierung wöchentlich 1900 Gramm Schwarzbrot = 15 Pfund 100 Gramm in vier Wochen. Kinder im 2. bis 6. Lebensjahre erhalten wöchentlich 1 Pfund Schwarzbrot, Kinder im 1. Lebensjahre wöchentlich 1 Pfund Schwarzbrot. Es folgen vom 15. Februar 1920 ab 1 Pfund Schwarzbrot 60 Pf., ein 1900 Gramm-Brot 228 Pf., ein Schwarzbrot 16 Pf., 70 Gramm Zwieback 29 Pf., ein Kuchlbrot 36 Pf., eine Semmel auf Kratzenweizenmehl 16 Pf., 450 Gramm Kratzenweizenmehl 70 Pf. Aufolge der Unmöglichkeit in der Lieferung bestimmter Mehlsorten kann das Mischungsverhältnis für das Schwarzbrot nur von 1000 zu 1000, es nach dem Einlage des Mehls, bestimmt werden. Es hat sich deshalb als notwendig erwiesen, für Roggenmehl, Weizenmehl, Weizenmehl, Weizenmehl und dergleichen einen Einheitspreis festzusetzen. Dies hat zur Folge, daß die Preise für Weizenmehl im Vergleich eine Herabsetzung erfahren haben. Es folgen vom 15. Februar 1920 ab 350 Gramm Weizenmehl 51 Pf., 500 Gramm Weizenmehl 72 Pf., 700 Gramm Weizenmehl 1 M., anstatt bisher 63 Pf., 75 Pf., und 104 Pf. Die Herabsetzung von Roggenmehl hat mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit in der Lieferung der einzelnen Mehlsorten bestimmt werden müssen. Alles Weitere ist aus der Bekanntmachung ersichtlich.

Kundgebung der Christlichen Hochschule

Zu einer großen Protestversammlung gegen die Auslieferung der gesamte Studenten- und Dozentenliste der Christlichen Hochschule in Dresden ermahnen folgende Christliche Hochschulen in Dresden und der Reichs- und sächsischen Regierung übermittelte. Die gesamte Studenten- und Dozentenliste der Christlichen Hochschule in Dresden nimmt mit schmerzlicher Entrüstung Kenntnis, daß der Verband der Auslieferung deutscher Staat angeordnet ist. Dieses Verlangen erweist jeder weltlichen Staat ab und zielt nur darauf ab, den deutschen Volk die letzte Freiheit, seine Ehre, zu nehmen und es für alle Zeiten zum Verdrüßlichen zu machen. Das deutsche Volk muß diese Schande von sich abwenden. Die Studenten- und Dozentenliste erwartet von der Regierung und von jedem einzelnen vaterländisch denkenden Deutschen unbedingte Hilfe. Seit dem 1. Februar 1920 sind die Auslieferungslisten der Christlichen Hochschule in Dresden, in den Schulkampfe gewährt werden, der daraufhin dem Rat in Dresden folgende Schreiben an den Rat:

Einschränkung im Straßenbahnverkehr. Der Betrieb der Linien Mitten-Röhlchenbrda und Arsenal-Blögische Verkehr muß infolge verminderter Kohlenmenge von heute an eingeschränkt werden. Die Wagen der Linie Mitten-Röhlchenbrda verkehren in längeren Abständen als bisher. Auf der Linie Arsenal-Blögische werden nur die Wagen nach Blögische durchgeführt, während der Verkehr zwischen Blögische und Endpunkt Blögische durch Pendelwagen vermittelt wird.

—* 450 Wiener Kinder werden Dienstag den 17. Februar hier erwartet. Von Transportleiter Herr Topp, Dr. A. Topp, Wien. Von den Kindern kommen 120 nach Plauen, 100 nach Chemnitz und der Rest wird Leipzig übergeben. Die Plauen wurde vom Aufsichtsrat der Unterbringung und Verpflegung Wiener Kinder, ein Plauen, eingeteilt. Dem Aufsichtsrat steht Herr Reichardt, Plauen, vor.

Am 10. Februar 8. M. traf ein Zug von 100 österreichischen Flüchtlinge, die einige Monate zur Erholung in Holland gewesen waren, auf ihrer Fahrt nach Wien auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein. Die sehr wohlhabenden Flüchtlinge wurden vom Verkehrsamt der Vereine vom roten Kreuz hier empfangen, und mit warmen Abendbrot und Pfefferkuchen verwahrt. Nach längerem Aufenthalt überließen die herzlich dankbaren Kinder weiter.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Rath. Anwesenheit, wöchentlich, Sonntag, nächste Sitzungsausschüsse Sonntagabend, den 14. Februar 1920, 8 Uhr im Rath. Gesellschaft, Saal Nr. 4, gelbes Zimmer. Das Erscheinen der Rednerinnen am Dienstag ist in dieser Sitzung dringend, da die Tagesordnung zu diesem Abend nicht betrachtet werden.

Schadowitz. Kathol. Kasino. Am 10. am Sonntag, den 14. Februar, im Saale des „Rathhauses“ in Sadowitz stattfindende Jahrsversammlung bestehend in Theater, Vorstellung und Ball wird hiermit nochmals hingewiesen.

Folge einer technischen Zwang konnte gestern der „Zeitgenöss“ nicht erscheinen. Er liegt der heutigen Ausgabe bei.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Schriftführer Paul Wehling; für den Anzeigenteil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der „Saxonia-Verlagsdruckerei“ G. m. b. H. in Dresden.

Vertraut der Natur!
+ Heilung +

Zu jedem Menschen mit bekanntem Ausmaß der Blühenheilung gibt Herr Schmidt wertvolle Naturmittel gegen: **Husten, Bluthochdruck, Rheuma, Gleichgewicht, Hautunreinheiten, verdorbenes Blut, Blasenleiden, Verdauungsstörungen, Zucker, Fettstoffwechsel, Hämorrhoiden, Lungen, Nerven, Hieren, Magen- und Darmleiden, Durchfall, Darmträgheit und andere Leiden.** Tausende von Anerkennungsbriefen.
Buch umsonst. Schreiben Sie (Postkarte genügt) an: **Herrn Schmidt's Naturmittel, Nürnberg 2, Strießbach 105a**